

Bericht aus dem Jugendhilfeausschuss (JHA) am 02. Februar

Der Antrag des SKFM Erkrath für eine moderate Erhöhung der Mittel für die erzieherische Beratung, den Einsatz von Familienhebammen und Ausbau der Eltern-Cafés, wurde im Rahmen der Haushaltsberatung im Jugendhilfeausschuss mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP angenommen.

Bündnis 90/Die Grünen, BmU und die stimmberechtigten Mitglieder der freien Jugendhilfe schlossen sich im Ausschuss dem berechtigten Anliegen des SKFM aufgrund der steigenden Nachfrage von Eltern an.

Im Jahr 2022 wurden knapp 400 Beratungsgespräche und zahlreiche Gruppenangebote, die der frühzeitigen Unterstützung von Familien und Alleinerziehenden im Erziehungsbereich und bei der Alltagsbewältigung zu Gute kamen, durchgeführt. Diese Zahlen sprechen für sich und verdeutlichen wie hoch der Bedarf und die Nachfrage sind.

Prävention ist besser und kostengünstiger als Intervention, so Reinhard Knitsch, Sprecher im Jugendhilfeausschuss der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Die Ablehnung von CDU, SPD und FDP ist für die Grünen vollkommen unverständlich und auch aus finanziellen Gründen nicht nachvollziehbar. Die Stadt gibt für den Bereich der Hilfen zur Erziehung weit über 4 Millionen jährlich aus. Die Fremdunterbringung eines Kindes in einem Heim kostet durchschnittlich 60.000 Euro jährlich. Dagegen verursachen die Kosten für die präventiven Angebote des SKFM jährlich nur rund 70.000 Euro, bei denen eine Vielzahl von Familien und Kindern geholfen wird. Im Interesse der Eltern und Kinder bleibt zu hoffen, dass im Rat die Fraktionen von CDU, SPD und FDP, den Beschluss des Jugendhilfeausschusses nicht wieder kippen. Dies steht allerdings zu befürchten, da sie dort im Gegensatz zum JHA eine Mehrheit haben, denn im Rat dürfen die Vertreter*innen der Sozial- und Jugendverbände nicht mitstimmen!

Energiekostenzuschuss für die Kindertagespflege

Der bereits im letzten Jugendhilfeausschuss um 10 Cent pro Kind und Betreuungsstunde beschlossene erhöhte Sachkostenzuschuss für die Tagespflegestellen wurde nun im Ausschuss auf Antrag der Grünen bis Ende Juli 2023 verlängert. Aufgrund der anhaltenden hohen Lebenshaltungskosten und Inflationsrate soll dieser Zuschuss zur Minderung der finanziellen Belastungen der Tagespflegepersonen beitragen. Auch hier verweigerten CDU, SPD und FDP die Zustimmung, insofern gilt das Gleiche wie für den og. Beschluss zum SKFM.

In der Kindertagespflege werden in Erkrath rund 250 Kinder unter 3 Jahren betreut. Ohne dieses Betreuungsangebot könnten die Eltern keine Berufstätigkeit ausüben. Auch aus Gründen der Wertschätzung der Arbeit der Tagespflegepersonen, sollte hier nicht an der falschen Stelle gespart werden, so die Haltung der Grünen.

Spielplätze

Auf Antrag der Grünen wurden im Haushaltsplan für das Jahr 2023 zusätzliche finanzielle Mittel zur Erneuerung des Spielplatzes Ruhrstraße in der Willbeck aufgenommen. Dieser Platz hätte bereits im letzten Jahr erneuert werden sollen. Aufgrund von Personalmangel sah sich die Verwaltung allerdings hierzu nicht in der Lage.

Mitte 2019 wurde der Spielplatzplan verabschiedet. 16 Spielplätze sollten demnach bis Mitte 2022 umgestaltet und erneuert werden. Tatsächlich wurden bislang nur 6 Plätze erneuert.

Die Grünen werden sich weiterhin dafür einsetzen, dass der Bedarfsplan schneller als bisher im Sinne einer kinder- und familienfreundlichen Stadt umgesetzt wird.

Kitas

Das Verpflegungsentgelt für das Mittagessen in den städtischen Kitas wird ab März 2023 von derzeit 59 auf 69 Euro monatlich erhöht. Diese Erhöhung von 17% haben die Grünen gegen die Stimmen der anderen Fraktionen im Jugendhilfeausschuss abgelehnt.

Eltern und Alleinerziehende im unteren und mittleren Einkommensbereich haben bereits jetzt aufgrund der hohen Lebenshaltungskosten erhebliche finanzielle Probleme. Die reinen Kosten für das Mittagessen belaufen sich nach Angaben der Verwaltung auf durchschnittlich 55 Euro monatlich in den städtischen Einrichtungen. Die Erhöhung erfolgt deshalb nur, weil die Personalkosten für die Küchenkräfte stärker als bisher von den Eltern übernommen werden und damit der städtische Haushalt entlastet werden soll.

Der Antrag der Grünen zur Bereitstellung der finanziellen Mittel für den Neubau der Kita in der Sandheide wurde angenommen. In der Sandheide fehlen aktuell weiterhin an die 100 Kita-Plätze. Damit zukünftig eine wohnortnahe Versorgung erfolgen kann, wird mit dem Neubau nun im Jahr 2023 begonnen. Was lange währt wird endlich gut!